

Medienmitteilung vom 4. Juni 2019

Schliessung der Klinik Belair: Kantonaler Rollenkonflikt setzt ein bedenkliches Zeichen, das die Bundespolitik ernst nehmen muss

Die traditionsreiche Klinik Belair in Schaffhausen hat keine Zukunft mehr. Der Rollenkonflikt des Kantons als regulierender Spitallistengestalter und als Eigentümer des Kantonsspitals tritt dabei einmal mehr zutage. Leidtragende der kantonalen Diskriminierungspolitik gegenüber privat geführten Wettbewerbern sind die Mitarbeitenden und die Patienten, die sich mit weniger Wahlfreiheit und weniger Qualitätswettbewerb konfrontiert sehen. PKS fordert die Eidgenössischen Räte auf, in der aktuellen Debatte zur ambulanten Zulassungssteuerung (18.047) sicherzustellen, dass die Kantone nicht noch eine zusätzliche Rolle übernehmen müssen.

Die Schliessung der Klinik Belair durch die Hirslanden-Gruppe ist eine unternehmerische Entscheidung. Bei genauerem Hinschauen tritt aber offen zutage, dass die Vielfachrolle des Kantons eine aktive Diskriminierungs- und aggressive Abwerbungspolitik ermöglicht hat, die den unternehmerischen Spielraum massiv eingeschränkt hat und dem Kantonsspital deutlich längere Spiesse im Wettbewerb vor Ort verliehen hat.

Der Fall Schaffhausen führt vor Augen, wie sehr die Kantone mit ihrer Vielfachrolle überfordert sind. Schaffhausen ist aber kein Einzelfall: Das für die Schaffhauser Bevölkerung und die Mitarbeitenden der Klinik Belair traurige Fallbeispiel Belair zeigt nur einmal mehr auf, dass die Kantone mit ihrer Vielfachrolle im Spitalwesen als Leistungsbesteller, Finanzierer, Eigentümer, Leistungserbringer, Aufsichtsbehörde, Tarifgenehmiger und Planer überfordert sind. Bereits in den vergangenen Jahren mussten die höchsten Gerichte (Bundesverwaltungsgericht und Bundesgericht) mehrfach kantonale Massnahmen korrigieren, die bundesrechtswidrig waren und stark wettbewerbsverzerrend wirkten. Davon betroffen waren unter anderem die Kantone Genf, Waadt und Tessin. Mit dem Vernehmlassungsentwurf des kantonalen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes (SPFG) droht auch im Kanton Zürich eine weitere Verschärfung des Rollenkonflikts.

Schritt für Schritt müssen die Kantone nun von dieser inakzeptablen Rollenvermischung entlastet werden. Die Eidgenössischen Räte sind aufgefordert, das bedenkliche Zeichen aus der Nordostschweiz ernst zu nehmen. Sie behandeln in diesen Tagen im Rahmen der Neuregelung der ambulanten Zulassungssteuerung (18.047). Dabei droht, dass den Kantonen zum Durchplanen des ambulanten Angebots noch ein zusätzlicher Hut aufgesetzt wird. PKS fordert Stände- und Nationalrat dringend auf, den kantonalen Rollenkonflikt nicht noch zusätzlich zu verschärfen.

Auskunft:

Guido Schommer, Generalsekretär PKS, +41 79 300 51 45; info@privatehospitals.ch

Beat Walti, Nationalrat, Präsident Privatkliniken Schweiz (PKS), +41 79 296 72 25

Aktuelle Zahlen zu den Privatspitälern in der Schweiz: http://www.privatehospitals.ch/fileadmin/user_upload/news/bericht/PKS_Jahresbroschuere_2019_de_web.pdf